

# aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

mai 73 nr 52



Einzelpreis S 5,-  
Jahresabonnement S 50,-

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

## Inhalt

	Seite
10. Bundeskongreß der FÖJ - Bewegung f. Sozialismus .....	<b>2</b>
Zur Situation .....	<b>3</b>
Solidarität .....	<b>6</b>
VSM-Rotbuch erschienen .....	<b>10</b>
BfS-Graz .....	<b>10</b>
Das ist Kärnten .....	<b>10</b>
Kampf der Sozialpartnerschaft .....	<b>12</b>

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vielfältiger: Freie Österreichische Jugend - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10/1.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien.

# 10. Bundeskongress der FÖJ - Bewegung für Sozialismus

(vom 16. bis 18. März 1973 in Wien)

Aufgabe des Kongresses war, aus der Entwicklung der vergangenen drei Jahre, die zunächst im Zeichen der Lostrennung von der KPÖ, später der schwierigen Phase der Umstellung und schließlich der organisatorischen Konsolidierung und umfassenden Neubestimmung der politischen Positionen gestanden sind, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Als politische Grundlage diente dazu der 2. überarbeitete Entwurf der Grundsätze der Politik der FÖJ - Bewegung für Sozialismus; dementsprechend lag der Schwerpunkt der Tätigkeit des Kongresses in der kollektiven Diskussion und Beschlußfassung der Grundsätze.

Nach einem einleitenden Referat von Genossen Hans Margulies entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über allgemeine Fragen der Strategie, sowohl was Fehler und Schwächen in der Vergangenheit, als auch was die zukünftige Perspektive betrifft. An dieser Diskussion haben sich auch Gastdelegierte anderer Organisationen beteiligt. Der Abend wurde mit der Konstituierung von drei Arbeitskreisen geschlossen, die am nächsten Tag ihre Arbeit aufnahmen. Im Arbeitskreis 1 wurden die ersten drei Kapitel der Grundsätze durchgearbeitet; der Arbeitskreis 2 befaßte sich mit den Kapiteln vier und fünf, wobei der letzte Teil des fünften Kapitels, betreffend Fragen der Organisation, im Arbeitskreis 3 behandelt wurden. Diesem Arbeitskreis fiel auch die Aufgabe zu, alle organisatorischen Fragen allgemeiner und konkreter Natur durchzudiskutieren und dem Plenum bezüglich Formen der Organisation, Wahlen und Funktionen der Organe, sowie Statuten Vorschläge zu unterbreiten. Die Arbeit der drei Kommissionen dauerte den ganzen Samstag. Nach einem Referat über Probleme der Betriebspolitik von Genossen Heinrich Dürr, einem Referat von Genossen Herbert Brunner über die Perspektiven der vietnamesischen Revolution und unsere zukünftigen Aufgaben im Rahmen des Nationalkomitee Vietnam-Hilfe, begann die Diskussion im Plenum. Anschließend trafen sich die Delegierten mit Freunden und Sympathisanten unserer Bewegung im Club in der Odeongasse, der aus diesem Anlaß eröffnet wurde.

Es war ursprünglich geplant, den Kongreß am Sonntag um 14 Uhr zu schließen. Allein die Berichte aus den Arbeitskreisen, die Plenumsdiskussion zu den einzelnen Veränderungsvorschlägen und Anträgen nahm den gesamten Vormittag in Anspruch, so daß der Bericht des Kassiers, die Statutenänderungen und die Neuwahl der Leitung bis tief in den Nachmittag andauerten. Von 9 Uhr früh bis gegen 17 Uhr wurde ohne Pause (bei Wasser und belegten Brötchen) diskutiert, und abgestimmt - ein erfreulicher Beweis für die Disziplin aller Kongreßteilnehmer.

Die endgültige, am Bundeskongreß verabschiedete Fassung der Grundsätze wird demnächst in Druck gehen, desgleichen die neugefaßten Statuten. Die Protokolle hoffen wir in den kommenden Monaten fertigstellen zu können. Die eigentliche Auswertung des Kongresses für die Organisation und die politische Arbeit werden sich in der kommenden Periode verstärkter Aktivitäten in Theorie und Praxis zeigen.

# Zur Situation

Dieses Referat wurde am 10. Bundeskongreß der FÖJ - Bewegung für Sozialismus von Genossen Hans Margulies gehalten.

Wie kann eine Gruppierung, wie wir sie darstellen, politisch wirksam werden? Welche Perspektiven eröffnen sich ihr? Welche Konsequenzen müssen wir aus der heutigen gesellschaftlichen Situation ziehen, um unserer Aufgabe und unserem Anspruch als marxistische Bewegung zu gelten, gerecht zu werden?

Die Grundsätze der Politik der BfS stellen den Versuch dar, darauf Antworten zu finden, daher wird der Diskussion um den vorgelegten Entwurf bei diesem Kongreß der breiteste Raum gegeben. Die Referate über Betriebspolitik und Erfahrungen der Vietnambewegung einerseits, sowie die Berichte der Arbeitskreise 1-3 sollen konkrete Beiträge zur Akzentuierung unserer politischen Linie darstellen, als auch zur Festlegung der Schwerpunkte unserer kommenden Aktivität dienen.

Basis dieser Arbeit ist die Analyse der gesellschaftlichen Realität in der wir wirken wollen. Damit ist der zentrale Punkt für die Diskussion am Kongreß bestimmt. Dennoch möchte ich auf einige Momente hinweisen.

## INTERNATIONALE SITUATION

Die Veränderungen der internationalen Situation im Laufe der letzten fünf Jahre sind zu untersuchen. Der Mai '68 in Frankreich, der "heiße Herbst" in Italien, die "wilden Streiks" in Deutschland, die Massenkämpfe in England, Streiks und Gewerkschaftskämpfe wie sie vor Jahren niemand für möglich gehalten hat, prägen ebenso das Bild der entscheidenden Länder Westeuropas, wie der ökonomische Konkurrenzkampf zwischen Westeuropa den USA und Japan, der sich unter anderem in der kontinuierlichen monetären Krise im Handelskrieg und in der Auseinandersetzung um den Kapitalexport manifestiert.

Dennoch wäre es problematisch ein zu positives Bild der Entwicklung zu zeichnen. Sowohl in Frankreich wie auch in Italien, BRD u.a. Ländern sehen wir, daß es der Bourgeoisie dieser Staaten gelungen ist nach den großen Erschütterungen ihre Herrschaft wieder zu konsolidieren.

Der heroische Befreiungskampf der vietnamesischen Genossen, der in der ganzen Welt Millionen Menschen die Augen über den Charakter des US-Imperialismus geöffnet hat, und entscheidend an der Politisierung der internationalen Jugend- und Studentenbewegung beteiligt war, hat der US-Administration eine Niederlage zugefügt, deren Auswirkungen in ihrer Tragweite noch nicht abzuschätzen sind. Das Referat von Genossen Brunner wird sich mit diesem Problemkreis ausführlich beschäftigen.

In Lateinamerika erleben wir, wie die einzelnen von den USA abhängigen Staaten die Bevormundung und Ausbeutung durch die USA abzuwerfen versuchen. Speziell die Entwick-

lung in Chile, der Versuch der "unidad popular" durch die Mobilisierung der Massen einen Weg zum Sozialismus unter Vermeidung eines offenen Bürgerkrieges, stellt einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung einer revolutionären Strategie dar.

In diesen Zeitraum fällt aber auch die Okkupation der ČSSR. Wenn es auch, und nicht nur in den offiziellen KPs, sondern auch in anderen linken Gruppierungen Meinungen gibt "Hört doch endlich mit der ČSSR auf", so möchten wir dennoch auf die Bedeutung des "Prager Frühlings" hinweisen. Erstmals nach den Jahren der bürokratischen Deformierung versuchte die KPČ die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen und wurde auch von dieser unterstützt. Mit Hilfe von Arbeiterräten, mit der sozialistischen Demokratisierung des Kommunal- und Staatswesens, sollten Möglichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf sozialistischer Basis erreicht werden. Dieser Versuch, der selbstverständlich nicht widerspruchlos vor sich gehen konnte und daher auch antisozialistischen Kräften Hoffnung machte ihr Süppchen zu kochen, der und das ist das entscheidende Merkmal eine neue sozialistische Perspektive weit über die Grenzen der ČSSR eröffnete, wurde im Keim erstickt. Dadurch wurde nicht nur der Prozeß der Überwindung des bürokratischen Systems in der ČSSR und in anderen Staaten des sowjetischen Einflußbereichs verhindert, sondern auch der internationalen revolutionären Bewegung ungeheurer Schaden zugefügt. Wenn auch heute einige Repräsentanten des "Prager Frühlings" sozialistische Positionen verlassen haben, weil sie mit der Okkupation jeden Glauben an den Sozialismus verloren haben, möchten wir auf jene Genossen hinweisen, die in der ČSSR und auch außerhalb den Kampf für eine sozialistische ČSSR unter schwierigsten Bedingungen weiterführen und die den sozialistischen Charakter des "Prager Frühlings" nach wie vor dokumentieren.

In diese Periode fällt auch der Eintritt der Volksrepublik China als anerkannte Großmacht in die Weltpolitik, auf deren widersprüchliche politische Auswirkung wir in den Grundsätzen hinweisen.

Alle diese Ereignisse führten dazu, daß sowohl die USA als auch die UdSSR in Schwierigkeiten geraten sind und nach Möglichkeiten suchen, unter Vermeidung direkter Konflikte, die den eigenen Machtbereich gefährden, ihre Einflußsphäre zu vergrößern.

Diese Versuche sind die Ursachen der Entspannungspolitik, die Ausdruck der Kenntnismahme der Realität seitens des US-Imperialismus, daß die Existenz der nichtkapitalistischen Staaten (UdSSR und Verbündete) nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. In dieser Politik manifestiert sich aber auch der ambivalente Charakter der sowjetischen Außenpolitik, die, wie z.B. die Ostverträge es zeigen mit den Interessen der internationalen Arbeiterbewegung korrespondiert, bzw. wie bei den SALT-Verträgen oder dem Besuch Nixons in Moskau, ohne Rücksicht oft auch auf Kosten der revolutionären Bewegung durchgeführt wird. ▷

Schließlich ist diese Politik, wie bereits angedeutet, Ausdruck der Konkurrenzierung der imperialistischen Machtblöcke untereinander, da die USA zusehends ihre ökonomische Dominanz verliert und dadurch die "Solidarität des Westens" gegenüber der "sozialistischen Gefahr" immer mehr zurückgedrängt wird und die Widersprüche der einzelnen Imperialisten immer stärker in Erscheinung treten.

Diese Momente und die sich laufend verändernde Klassenstruktur in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern – wir kommen in den Grundsätzen darauf zurück – führten zur Schwächung der traditionellen Parteien des Bürgertums in Westeuropa. Jedoch durch das Fehlen autonomer revolutionärer, in der Arbeiterklasse verankerter, Bewegungen hatten diese Momente keine unmittelbare Stärkung der revolutionären Kräfte zur Folge.

Hier sind auch, bei aller Spezifik Österreichs, die wesentlichen Ursachen für das bedeutende innenpolitische Ereignis, der Etablierung einer SP-Regierung, zu finden.

## ÖSTERREICH

Dennoch müssen wir unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung auf ein besonderes Merkmal der österreichischen Situation hinweisen. Wenn auch in der letzten Zeit Unzufriedenheit mit SP- und ÖGB-Politik sichtbar werden (siehe die Ergebnisse der letzten Betriebsrats- und Kommunalwahlen) müssen wir doch erkennen, daß sich Österreich in einer Situation unentwickelter Klassenkämpfe befindet, und daß dadurch das Bewußtsein der Arbeiterklasse geprägt ist und wir dies in unserer Politik in Rechnung stellen müssen. Dieses Fehlen entwickelter Klassenkämpfe führt dazu, daß sich die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie durchsetzen können und die SP-Niederlagen sich außerhalb der Betriebe positiv für die Rechte auswirken.

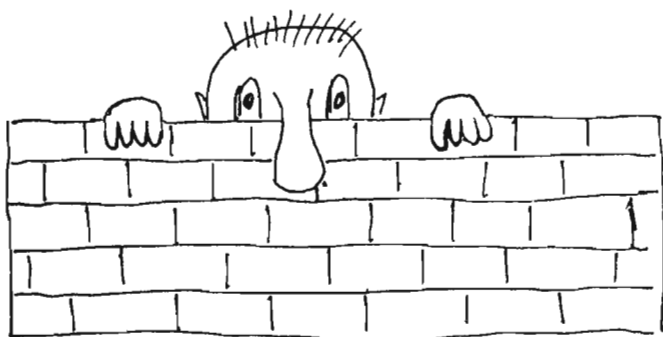
Zurück zum Ausgangspunkt. Welche Aufgabe stellen wir uns bei diesem Kongreß? Um unsere Funktion zu präzisieren ist es notwendig die politische Entwicklung unserer Bewegung in den letzten Jahren aufzuarbeiten und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen.

Als Ausgangspunkt dieser Überlegungen möchte ich das Jahr 1968 nehmen. Damals, noch offiziell Jugendorganisation der KPÖ, wurden wir in der Partei mit zwei Hauptproblemen konfrontiert. Erstens die Existenz einer innerparteilichen Auseinandersetzung um die weitere Politik der KPÖ, die sich speziell an den ČSSR-Ereignissen entzündete, deren tiefere Ursachen nicht in der ČSSR-Entwicklung lagen, son-

dern im Unvermögen der KPÖ eine politisch relevante Kraft in Österreich zu sein. Zweitens was uns speziell als Jugendorganisation betraf, wurden wir mit den Kämpfen der internationalen Jugend- und Studentenbewegung konfrontiert, die die Funktion einer Jugendorganisation neu stellte. Es war daher selbstverständlich, daß wir in jener Etappe gemeinsam mit jenen Kräften in der KPÖ gingen, die in der sektiererischen Politik gegenüber der SPÖ, in dem unkritischen Verhältnis zur KPdSU und schließlich in der bürokratischen Struktur der Partei das Haupthindernis zur Entwicklung einer revolutionären Organisation sahen. Der gemeinsame Nenner war der Versuch den Rückfall der KPÖ in die stalinistische Periode zu verhindern. Dennoch kam es nicht – und das wirkt bis heute nach – zur Erstellung einer gemeinsamen organisatorischen und politischen Plattform, die der damaligen KP-Opposition die Basis zur weiteren politischen Tätigkeit gegeben hätte. Die Berufung und Interpretierung der Beschlüsse des 19. Parteitages der KPÖ reichten nicht aus um eine ideologische Übereinstimmung der die KP verlassenden Gruppierungen zu erreichen. So kam es zur Zersplitterung dieser Opposition und die Arbeitsteilung wurde nicht überwunden, die darin gipfelt, daß um die Herausgeber des "Wiener Tagebuchs" eine Gruppierung gebildet wurde, die in erster Linie der Intellektuellenbetreuung dient und sich dies als einzige Aufgabe stellt. Die "Arbeitsgemeinschaft für GE" wurde gebildet um den gewerkschaftlichen Sektor zu betreuen und schließlich wurde unserer Organisation das Ressort "Jugend" zugeteilt.

Die fehlgeschlagenen Versuche die Politik dieser Gruppierungen kontinuierlich zu koordinieren führten zwangsläufig dazu, daß sich diese nicht gemeinsam politisch entwickelten, sondern jede Gruppe ihren Entwicklungsprozeß selbst durchmachte, und dadurch in einer Reihe von Fragen (z. B. Nah-Ost, Kandidatur Offensiv links) voneinander entwickelte. Dennoch muß betont werden, daß besonders in den letzten Monaten in der Zusammenarbeit mit der "Arbeitsgemeinschaft für GE" eine positive Änderung vor sich gegangen ist, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß eine Reihe unserer Genossen zu Betriebsräten gewählt wurden bzw. in Ortsgruppen des ÖGB mitarbeiten. Weiters ist festzuhalten, daß ohne der materiellen und politischen Hilfe vieler Genossen vom "Wiener Tagebuch" und der "Arbeitsgemeinschaft für GE" weder die Kandidatur von Offensiv links noch der bisherige Erfolg der Vietnamsammlung möglich gewesen wäre.

Unsere Trennung von der KPÖ, wenn sie auch die Trennung der Jugendorganisation von der Partei darstellte, beruhte



## VIETNAMHILFE

## KONTO-NR. 2-307-435

aber nicht auf dem Generationskonflikt, wie es viele darstellen wollen, sondern war Ausdruck der internationalen Krise der kommunistischen Weltbewegung. Aus dem Fehlen einer marxistischen Partei in Österreich, in der wir politisch hätten wirken können, und auch aus unserer Mitgliederstruktur ergab sich, daß wir die Funktion einer traditionellen Jugendorganisation nicht erfüllen konnten und wollten. Daher stellten wir uns jene Fragen die heute bei diesem Kongreß beantwortet werden müssen.

1. Welche gesellschaftliche Funktion haben wir zu erfüllen?
2. Welche politische und organisatorische Konsequenzen müssen wir daraus ziehen?

Der erste Versuch in dieser Richtung war die 1. Sommerakademie 1970 am Neufelder See, in deren Verlauf wir mit der Arbeit begannen, eine politisch ideologische Standortbestimmung durchzuführen. Gleichzeitig war es uns klar, daß es falsch wäre, uns von der täglichen politischen Praxis zurückzuziehen um nur für die "neue" Theorie arbeiten zu können. Ohne dieser Praxis, die uns beteiligt sah an allen linken Aktivitäten in Österreich (ich erinnere an die kontinuierliche Teilnahme im Solidaritätskampf mit Vietnam, an die Aktion rund um die SAVAK, Lütgendorff und Kärnten und vieles mehr), wären auch die Grundsätze nicht zustande gekommen. Gerade diese Praxis war es die unseren Lernprozeß gefördert hat und die es teilweise verhinderte, daß wir in sektiererisches Fahrwasser gelangten. Die vorrangigste Aufgabe die wir uns jedoch stellten, war einen Politisierungsprozeß auf der Grundlage einer einheitlichen ideologischen Plattform in unseren eigenen Reihen zu eröffnen. Der 1. Entwurf der Grundsätze war das erste schriftliche Ergebnis dieser Überlegungen. Worin lag nun die Bedeutung dieses 1. Entwurfes und weswegen haben wir einen neu überarbeiteten 2. Entwurf vorgelegt?

Mit dem 1. Entwurf und das möchte ich unterstreichen, gelang es uns das erste Mal, zusammenhängend unsere neue Situation aufzuarbeiten und unsere Vorstellungen über die neue Aufgabenstellung zu akzentuieren. Ohne dieser Arbeit, die inhaltlich in den entscheidenden Fragen unserer ideologischen Orientierung noch heute entspricht, wäre der heute vorgelegte Entwurf nicht denkbar. Dennoch litt dieser 1. Entwurf unter einer wesentlichen Schwäche. Er war Ausdruck des Suchens nach einer neuen Alternative, in einer Zeit in der wir noch zu sehr auf Erscheinungen fixiert waren und in der es uns nicht genügend gelang auf das Wesen dieser Erscheinung zu stoßen. Der Entwurf stieß innerhalb und außerhalb unserer Organisation auf Kritik. Ungeachtet der Quellen dieser Kritik versuchten wir jene Punkte herauszuarbeiten, die uns berechtigt schienen. Sowohl wie wir die Frage der Jugend behandelten, als auch Probleme der nicht-kapitalistischen Gesellschaften erörterten, waren Mißverständnisse möglich bzw. wurden diese Probleme zu oberflächlich behandelt. Den größten Mangel stellte die unzureichende ökonomische Analyse des Kapitalismus in Österreich heute dar und das Fehlen von konkreten Aussagen über Träger und Inhalt einer revolutionären Bewegung. Die Erfahrungen in der Auseinandersetzung speziell mit linken Gruppierungen, die Erkenntnis, daß der neue Entwurf diese Schwächen vermeiden mußte, führten zu der Überarbeitung der Grundsätze.

Mit Recht glaube ich gehen wir in dem jetzt vorgelegten Entwurf von der Einschätzung des internationalen Imperialismus aus, um die heutige Analyse des österreichischen Kapitalismus im besonderen zu geben. Daß das Österreich-Kapitel in diesem Entwurf so breiten Raum einnimmt ist notwendig. Wenn man in Österreich revolutionär tätig sein will, muß man erst die gesellschaftliche Realität Österreichs untersuchen und erkennen. Erst wenn wir die ökonomische Basis untersucht haben, wenn wir die Klassenstruktur unseres Landes erfassen, wenn wir die Betriebs- und Produktionsstruktur kennen, werden wir imstande sein die Rolle der Sozialdemokratie und der anderen politischen Kräfte einschätzen und unsere politische Aufgabe festlegen können. Nur dann werden wir eine authentische Antwort auf die Sozialpartnerschaftsideologie finden, ihre Ursachen und ihre Wirkung im Bewußtsein der Arbeiterklasse erfassen. Erst dann werden wir den Stellenwert von Reformen beurteilen können, das Wechselverhältnis von Aktivitäten im Betrieb als auch in Gesellschaftsbereichen außerhalb (wie z.B. Kommunal-, Bildungs- und Umweltfragen) begreifen und uns nicht hinter revolutionären Phrasen verstecken müssen, sondern konkrete Arbeit in Richtung Sozialismus leisten können.

Darin liegt die wesentliche Bedeutung unseres Kongresses der die Etappe des sich Neuorientierens und der organisatorischen Konsolidierung beendet, und mit der Erarbeitung eines neuen politischen Selbstverständnisses die Perspektive eröffnet, sich als kleine Gruppe politisch zu profilieren und Wirkungsstätten unserer Arbeit festzulegen.

Gleichzeitig haben wir auf diesem Kongreß organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Wir haben aufgehört eine traditionelle Jugendorganisation zu sein. In den Grundsätzen weisen wir auf jene gesellschaftliche Situation hin, die es uns nicht erlaubt, uns als revolutionäre Partei bzw. als Aufbauorganisation einer derartigen Partei zu verstehen. Wir sind eine marxistische Organisation junger Arbeiter und Angestellter, die sich einer gesellschaftlichen Realität gegenübergestellt sieht, in der auch der politisch Bewußteste dieses Landes, in keiner revolutionären Partei organisiert ist und deren Aufgabe es ist, die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft zu erfassen, und verstehen uns als Teil einer sich zu entwickelnden revolutionären Organisation. Daraus muß sich auch die Struktur und der Aufbau unserer Organisation ableiten. Wir müssen gewährleisten, daß wir technisch und organisatorisch unsere Arbeit durchführen können und gleichzeitig der Politisierungsprozeß in unseren Reihen kontinuierlich vorangetrieben wird. Die Struktur unserer Organisation darf aber nicht Selbstzweck werden. Die Auswahl der Referate zeigen die Schwerpunkte und Interventionsbereiche auf, auf die wir uns orientieren.

Die politische Situation in Österreich, das beweisen die letzten Betriebsrats- und Gemeinderatswahlen, der Versuch seitens der Bourgeoisie "Bürgerinitiativen" ins rechte Fahrwasser zu bringen und sie im Interesse der Bourgeoisie auszunutzen, zeigt, daß eine Bewegung, die imstande ist die echten Interessen der arbeitenden Menschen zu artikulieren, die imstande ist eine sozialistische Perspektive zu eröffnen, notwendig ist und langfristig auch Chancen hat, sich durchzusetzen. Diese Chance auszunutzen wird unsere vordringlichste Aufgabe sein.

Der Kongreß soll einen Schritt in der Richtung setzen.

# Solidarität

Dieses Referat wurde am 10. Bundeskongreß der FÖJ - Bewegung für Sozialismus von Genossen Herbert Brunner gehalten.

Genossinnen und Genossen!

Einer der Schwerpunkte unserer Aktivität in den nächsten Monaten wird in der Unterstützung des vietnamesischen Volkes liegen. Diese Aktivität muß der geänderten Situation angepaßt werden. Politisch wird die neue Situation durch den Abschluß des Waffenstillstandes geprägt und organisatorisch durch die Gründung des Österreichischen Nationalkomitee Vietnam-Hilfe.

Die relevanten Vertreter Vietnams, Spitzenfunktionäre der DRV und der PRRSV, haben das Pariser Abkommen entschieden und eindeutig als großen Sieg ihres Volkes gefeiert. Wir haben keinerlei Anlaß, dies in Frage zu stellen. Aber es genügt nicht, diesen Sieg zu proklamieren; wir müssen begreifen, welchen Stellenwert er in der vietnamesischen Revolution hat, wo seine Grenzen liegen und welche die weiteren Schritte sind.

Das Waffenstillstandsabkommen ist ohne Zweifel ein Kompromiß. Die Fragen lauten: a) welche Faktoren machten ihn notwendig? b) wurden grundsätzliche Prinzipien von Seiten Vietnams aufgegeben? c) ist er ein brauchbarer Ausgangspunkt zur Vollendung der Revolution?

a) Die US-Militärmacht ist ungebrochen. Vietnam kann die USA nicht militärisch besiegen; aber diese kann Vietnam vernichten, von der Erde wegbomben, mit Atomwaffen. Es geht also darum den US-Imperialismus zu zwingen, auf die Erreichung seiner Ziele in Vietnam zu verzichten. Dieser Kampf wird auf drei Ebenen geführt: der militärischen, der politischen und der diplomatischen; wobei diese immer miteinander verbunden werden und sich wechselseitig beeinflussen.

Die internationale Vietnam-Solidaritätsbewegung ist zwar mächtig angewachsen, vor allem in den USA selbst, aber sie reichte natürlich nicht für einen vollständigen Sieg aus. Ein wesentlicher Grund für den Kompromiß ist auch das Verhalten der logischen Verbündeten Vietnams, der Sowjetunion und der VR China. Natürlich wäre der erfolgreiche militärische Kampf ohne die Waffenlieferungen dieser beiden Staaten nicht möglich gewesen; man muß aber sehen und aussprechen, daß diese Unterstützung sehr dosiert gegeben wurde und absolut nicht optimal war. So hat sich die Sowjetunion bis heute geweigert, Vietnam die modernsten, den US-Maschinen überlegenen Jäger MIG 23 zu liefern. Nach Ägypten werden sie geliefert.\*

\* Siehe: "Vietnam international", London, Juni 1972, S. 6; "La gauche", 5. Jänner 1973 ff., Interview mit Nguyen Minh Vy, stellvertretender Leiter der Nordvietnamesen in Paris.

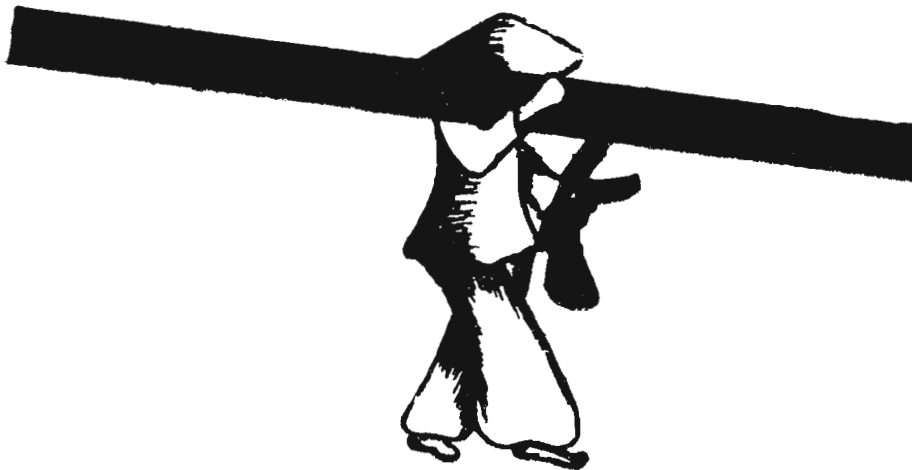
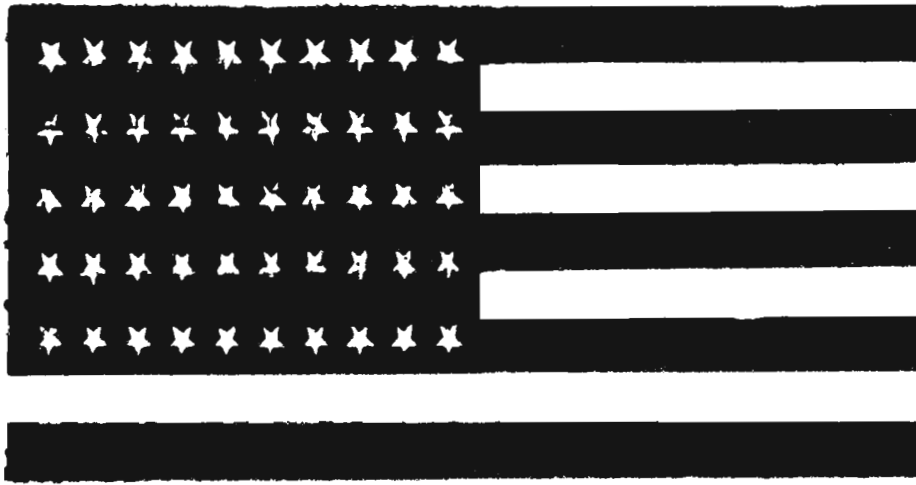
Die internationale Konstellation ist überdies durch die stärker werdenden schweren Differenzen zwischen Moskau und Peking gekennzeichnet, die - so kalkulierte Nixon offensichtlich zu Recht - eine gemeinsame Aktion der Sowjetunion und Chinas zugunsten Vietnams ausschließt. Beide Staaten stellen deutlich - wenn auch in unterschiedlichem Grad - ihre weltweiten Interessen und ihr Bemühen ein Arrangement mit den USA zu treffen, über die Ziele der vietnamesischen Revolution. Dies äußerte sich ganz konkret darin, daß beide die Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams und die Verminung der Häfen ohne angemessene Reaktion hinnahmen. Besonders deutlich wurde dies durch den Moskaubesuch Nixons während der Bombardierungen.

Damit war auch für die vietnamesischen Genossen ein Zeichen gesetzt, wie weit sie mit Unterstützung rechnen können.

b) Im Pariser Abkommen verzichteten Nordvietnam und die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams auf eine, bis dahin wichtige, Forderung: erst nach Aushandlung einer politischen Lösung für Südvietnam einem Waffenstillstand zuzustimmen. Doch ist dies keine grundsätzliche Forderung.

Die grundsätzlichen Fragen lauten: Vietnam muß unabhängig über sein Schicksal entscheiden, die USA und ihre Alliierten müssen das Land verlassen, demokratische Wahlen haben stattzufinden, die FNL und ihre PRR sind anzuerkennen und die Wiedervereinigung von Süd und Nord ist anzustreben.

Der Ministerpräsident der DRV, Genosse Pham Van Dong sagte dazu in einem Interview noch vor dem Abkommen im Dezember 1972: "Unsere Politik ist eine prinzipielle, und darin liegt unsere Stärke. Die Grundprinzipien sind unveränderlich; was sich ändert, sind Strategie und Taktik, der jeweiligen Etappe angepaßt, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Das Grundprinzip besteht darin, radikale demokratische Reformen zu Ende zu führen, die zum Sozialismus führen, aber die Maßnahmen gehen nur stufenweise vor sich..." zur Unabhängigkeit: "unser Hauptprinzip ist, in der Frage der nationalen Unabhängigkeit nicht nachzugeben; und diese unsere Unabhängigkeit werden wir gegen jeden verteidigen. Wir sind besonders wachsam gegenüber allen Formen der Gängelung und der Integration." Zu Kompromissen: "Nehmen wir zum Beispiel das Abkommen mit Frankreich von 1946. Damals waren die 200.000 Söldner Tschang Kai-Schecks, die in Hanoi kampierten, die gefährlichsten. Es ging also darum, sich mit Frankreich zu einigen, damit die Truppen Tschang Kai-Schecks das Land verlassen. Vermeiden, daß man zuviele Feinde auf einmal hat, sich mit den weniger gefährlichen gegen den Hauptfeind verständigen, das sind wertvolle Regeln. Das Abkommen von 1946 gab uns volle neun Monate, die uns erlaubten, den nationalen Widerstand (gegen die Franzosen) unter besseren Bedingungen zu organisieren." ▷



Nach dem Sieg über die Franzosen stand Vietnam nur mehr vor einem Feind, dem amerikanischen Imperialismus. Den gibt es auch heute noch. Aber er ist schwer angeschlagen; militärisch, politisch und auch wirtschaftlich, und er wurde gezwungen, auf die militärische Erreichung seines Zieles in Vietnam zu verzichten. Seine Aggressionsabsichten wurden zerschmettert – eine Formel, die von den Vietnamesen häufig verwendet wird, um den besonderen Charakter ihrer Siege zu kennzeichnen.

c) So betrachtet, anders würde man nicht den Gegebenheiten Rechnung tragen, ist das Abkommen von Paris ein großer Sieg der die Voraussetzungen zur Vollendung der Revolution in Vietnam schafft. Pham Van Dong sieht es so: "Einmal die Unabhängigkeit wiedererobert, ist uns um die Zukunft nicht bange. Dreißig Jahre Krieg haben uns nicht zu Pessimisten gemacht. Im Gegenteil, die Botschaft des vietnamesischen Volkes an alle ist eine Botschaft des Optimismus, des Vertrauens in den Menschen."

Eine Bemerkung zu der unterschiedlichen Entwicklung im Süden und Norden. Nach der Teilung des Landes 1954 und der Verhinderung freier Wahlen in ganz Vietnam durch die USA, ging der nationale, demokratische Kampf im Süden weiter, während im Norden der Weg des Aufbau des Sozialismus beschritten wurde. Es war die sozialistische Revolution des Nordens, die der Volksbewegung im Süden die geschichtliche Orientierung und auch neue Kräfte gab. Das haben auch Kennedy, Johnson und Nixon erkannt, sie wollten die DVR vernichten, um ihren Einfluß im Süden – der USA – zu erhalten. Dieses Konzept ist eindeutig gescheitert. Die vietnamesische Revolution, als Teil der Weltrevolution,

bewegt sich in zwei Richtungen, die den unterschiedlichen Machtverhältnissen entsprechen: die nationaldemokratische Revolution im Süden und die sozialistische im Norden. Diese beiden Entwicklungsetappen muß man aber in einer einzigen geschichtlichen Kontinuität sehen, denn Vietnam bleibt eine nationale Einheit. Wer dies und die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung nicht sieht, wird verwirrt und streitet mit anderen Verwirrten, ob nun die vietnamesische Revolution eine bürgerliche, d.h. nationale demokratische oder eine sozialistische sei, und welche entsprechende Lösung bei Demonstrationen mitgetragen werden dürfe. Hier sei eine Losung Ho Tschí Minhs in Erinnerung gerufen: "Unsere Aufgabe ist es den Norden zu verteidigen und den Süden zu befreien. Unsere Nation bildet eine Einheit, die Flüsse können austrocknen, die Berge vergehen, aber diese Wahrheit bleibt."

Die USA haben keinesfalls ihr altes Ziel, Südvietnam und darüber hinaus Südostasien unter Kontrolle zu halten, aufgegeben. Sie haben nur in den letzten Jahren mehrmals ihre Strategie zur Erreichung dieses Zieles verändert. Jedesmal war aber die neue Strategie Ausdruck des Scheiterns der alten.

Zuerst wollten sie ihre Marionetten in Saigon den Krieg alleine führen lassen (wenn auch mit massiver Unterstützung materieller und politischer Art), als das schief ging, haben sie selbst mit über einer halben Million Mann einen Landkrieg geführt, den sie nicht gewinnen konnten. Dann kam der Versuch mit der größten Luftflotte der Welt Nordvietnam zu zerstören um so mit der FNL fertig zu werden. Als durch die vielen Mißerfolge und das gewaltige Anschwellen der ▷



Protestbewegung die Macht Nixons im eigenen Land in Frage stand, kam als neue Strategie die Vietnamisierung, die von der illusionistischen Hoffnung, daß Thieu eine gewisse Basis im Süden hätte, ausging und daher ein neuerlicher Fehlschlag wurde. Nach dem nochmaligen Versuch, einen Umschwung durch Bombenterror gegen Hanoi zu erzielen, verzichtete die USA vorläufig auf militärische Mittel zur Erreichung ihres Zieles. Nicht ohne vorher gewaltige Mengen modernsten Kriegsmaterials an Thieu zu liefern. Noch immer steht die US-Militärmacht in Südostasien in Bereitschaft und ist imstande, jederzeit die Aggression wieder aufzunehmen.

Aber die Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Ein neuerlicher Versuch, Vietnam zu überfallen, würde die USA noch stärker politisch isolieren, in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen und militärisch ein Mißerfolg sein.

#### ZUR MATERIELLEN HILFE UND DER PROBLEMATIK DES ÖSTERREICHISCHEN NATIONALKOMITEES

Außer jedem Zweifel steht die Notwendigkeit, Vietnam materielle Hilfe zu leisten. Nach Einstellung der Bombenangriffe und der großen Kriegshandlungen ist das Land im Norden und Süden zerstört wie kein anderes Land zuvor. Das Ausmaß der Vernichtung übersteigt das Vorstellungsvermögen der meisten Menschen, vor allem der jungen in Europa, die noch keinen Krieg erlebt haben. Die Sprengkraft der über Vietnam abgeworfenen Bomben übersteigt um ein vielfaches die aller im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Sprengstoffe. In Gebieten größer als so manches Land in Europa, gibt es kein einziges unzerstörtes Haus. Millionen sind obdachlos, die Industrie lahmgelegt, die Infrastruktur weitgehend zerstört, Kulturen und Wälder vernichtet. Durch Entlaubungsaktionen drohen Malaria und andere Seuchen. Spitäler und Schulen, vor allem deren Einrichtungen, werden dringend benötigt. Den vietnamesischen Genossen ist jede Hilfe willkommen, die an keine Bedingungen geknüpft ist; sie fragen nicht nach den Motiven der Spender. Trotzdem ist die Frage für uns von gewisser Bedeutung. Jetzt werden Apelle um Spenden für das zerstörte Vietnam laut, die vom Eifer des schlechten Gewissens und noch übleren Motiven getragen sind. Vielen von uns ist dies verdächtig: zu Recht!

Soweit das schlechte Gewissen, ausgelöst durch das bisherige feige Schweigen zu den US-Verbrechen, die Triebkraft ist, mag es ja noch angehen. Manche Entwicklungsprozesse gehen eben sehr langsam vonstatten. Außerdem gilt hier der Satz: Jeder Akt der Solidarität gilt!

Bei anderen ist die böse Absicht, der politische Trick deutlich sichtbar. Daß das Hilfsangebot der US-Regierung an Nordvietnam ein versuchter Akt des Wirtschaftsimperialis- mus ist, scheint für jeden Linken einsichtig zu sein. Hier soll versucht werden, ein Abhängigkeitsverhältnis zu erreichen, das eben militärisch nicht zu erreichen war. Es wird auch so nicht erreicht werden. Die vietnamesischen Genossen werden Geld und Hilfsmittel nehmen soviel sie bekommen können; auch von der US-Regierung, aber der von dieser erhoffte Preis wird wohl nie dafür entrichtet werden.

Etwas anders schaut es zum Beispiel mit der plötzlichen Initiative solcher Leute wie Kreisky in Richtung Nationalkomitee aus. Aufgeschreckt durch die für Österreich recht beachtliche, breite und politisierte Solidaritätsbewegung, die sich beim Nixonbesuch in Salzburg und in den Demonstrationen

am 19. Jänner des Jahres manifestierte, griff Kreisky in seine Trickkiste. Seine Absichten sind klar. Sie decken sich mit denen einiger Organisationen des Bürgertums die, überraschend für manche, jetzt plötzlich auch für Vietnam sammeln wollen. Es sind dies: 1. Die Solidaritätsbewegung, die nun mal da ist und immer breiter wird, in den Griff zu bekommen; den steigenden Einfluß der Linken zu brechen und diese zu isolieren, als unseriös hinzustellen und die unbotmäßigen Organisationen bzw. Gruppen (wie SJ, SIK, VSS TÖ usw.) vom Einfluß der Linken in den Schoß der Sozialdemokratie zurückzuführen. Eine zweite VSM-Entwicklung ist für Kreisky ein unerträglicher Albtraum.

Ähnliche Überlegungen haben auch ÖVP und Kirchenkreise in bezug auf ihre vom Gift der linken Bewegung angekränkelten Gruppen und Personen.

2. Das weitere Beharren der Regierung und Sozialdemokratie auf ihrer, innerhalb der internationalen Sozialdemokratie, rechtesten Position in Sachen Vietnam soll verschleiert werden. Nach wie vor ist die SPÖ-Führung ein verlässlicher Freund Nixons und unterstützt die Regierung eifrigst die imperialistische US-Wirtschaftspolitik. Auch das soll verschleiert werden.

Als Nebeneffekt sieht Kreisky die Möglichkeit, mit dem Blick auf Wahlen, sich als Freund des Friedens, der Demokratie und der Jugend hinzustellen.

Diese Absichten zu vereiteln ist die wichtigste Aufgabe für alle linken Gruppen. Sie zu kennen und auszusprechen ist der erste Schritt zu ihrer Durchkreuzung. Aber das kann nur innerhalb des Nationalkomitees geschehen. Das "Entlarven" dieser Absichten, mittels einmaliger Deklamation und anschließendem Auszug aus dem Komitee, wie es die MLS gemacht hat, nützt objektiv den Interessen Kreiskys. Denn es vollzieht die Trennung von den sozialdemokratischen und liberalen Gruppen, die in letzter Zeit Bündnispartner geworden sind und unter dem Einfluß der linken Gruppen in der Solidaritätsbewegung einen Entwicklungsprozeß begonnen haben. Gerade dieser Prozeß soll ja, nach Kreiskys Willen, abgebrochen werden und kann von einer sektiererischen, isolierten Linken nicht vorangetrieben werden.

Aus dieser Überlegung heraus sind die Bewegung für Sozialismus und Offensiv links dem Nationalkomitee beigetreten, haben bereits mit ersten Aktionen begonnen und auch schon die geforderten Mindestbeträge aufgebracht. In den letzten Wochen sind auf unser Vietnamkonto rund 60.000 Schilling eingegangen.

Wenn die linken und fortschrittlichen Gruppen im Nationalkomitee ihre bisherige Einheitspolitik fortsetzen und verbessern, besteht die reale Möglichkeit, nicht nur eine wirklich ernstzunehmende Summe (Verdreifachung) für die materielle Hilfe an Vietnam zu organisieren, sondern auch die politische Aufklärungskampagne in einem bisher nicht möglichen Umfang zu führen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen uns zweierlei:

a) Unter dem Titel Österreichisches Nationalkomitee haben wir weit mehr Möglichkeiten an die Öffentlichkeit zu treten als bisher. Vor allem in den Betrieben und den Medien müssen wir diese Chance ausnützen. Das Beispiel Opemball hat gezeigt, daß die Behörden Dinge zur Kenntnis nehmen müssen, die ohne das Nationalkomitee nicht geduldet würden und mit deren Realisierung wahrscheinlich niemand gerechnet hat; am allerwenigsten Kreisky, als er den Vorschlag Bildung eines Nationalkomitees ausbrütete. ▷



b) Es gibt Gruppen und Organisationen, vor allem aus dem Bereich der Kirchen, deren Motive ausschließlich caritativer Art sind, in denen es aber viele Menschen gibt, für die Vietnam das auslösende Moment für eine politische Entwicklung ist oder sein kann. Natürlich ist das auch unter Sozialdemokraten möglich. Von uns wird es abhängen, ob diese Entwicklung beschleunigt und in antikapitalistische Bahnen gelenkt wird oder nicht.

Unabdingbare Voraussetzung für diese Arbeit ist das ständige Verbinden der Sammelstätigkeit mit der politischen Agitation! Wir müssen immer die Frage nach den Ursachen des Krieges bei der Bevölkerung wecken. Und die Antwort geben. Wie auch schon in der Vergangenheit müssen wir das Wesen des Imperialismus, sein zerstörerisches Prinzip aufzeigen. Die Ziele der FNL müssen propagiert werden und die wahren Kräfteverhältnisse im Süden. Die Erkenntnis, daß Thieu niemanden repräsentiert als sich, und eine Handvoll anderer von den USA gekaufter Marionetten ist zu vermitteln und zu belegen. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit muß auf die mindestens 200.000 politischen Gefangenen Thiens, die unvorstellbare Qualen erdulden und in Lebensgefahr sind, gelenkt werden. Wir müssen den tagtäglichen Lügen der Presse und dem ORF entgegentreten und aufzeigen, wer wirklich andauernd den Waffenstillstand verletzt.

Ausgesprochen muß auch werden, daß die Einstellung der US-Kriegsverbrechen, diese noch nicht aus der Welt geschafft hat. Die Verantwortung des US-Kapitals und seiner Regierung für eines der größten Verbrechen der Menschheit, bleibt bestehen.

Unsere Forderungen sind:

Strikte Einhaltung des Waffenstillstandsabkommen von Paris!

Keinerlei Einmischung durch die USA in die Angelegenheiten Vietnams und Abzug aller ihrer Truppen aus Südostasien!

Weg mit Thieu und seinem faschistischen Regime!

Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung Süd-

vietnams durch die Österreichische Bundesregierung!

Sieg der vietnamesischen Revolution!

Diese Losungen gilt es in der Öffentlichkeit, vor allem in der Arbeiterschaft, zu erklären; und zwar immer in Verbindung mit der Aufbringung möglichst großer Mittel zur materiellen Unterstützung des kämpfenden Vietnams.

## BOOK POWER



**IOIO WIEN**

\*

**BRIGITTE HERRMANN**

**GRÜNANGERGASSE 1**

**52 77 06**

\*

**HEINZ KOLISCH**

**LIEBIGGASSE 9**

**43 32 21**

# VSM-Rotbuch erschienen

Nach dem publizistischen Trommelfeuer unter den faden-scheinigsten politischen Begründungen (angetrieben von Ein-peitschern à la Kronen-Zeitung-Staberl), rückte der stille Repressionsapparat der SP-Bürokratie zur Liquidierung des VSM an. Auch die SPÖ – wie könnte es anders sein – hat ihre altbewährten "Kanalräumer", die all die mühsame Dreckarbeit des organisatorischen und "vereinsrechtlichen" Ausputzens gut und gründlich besorgen können. Draufgeht dabei wieder einmal ein Stück unbewältigter sozialistischer Vergangenheit, die vom VSM vielleicht nicht immer am geschicktesten, jedenfalls mit beachtlicher Konsequenz und Beharrlichkeit verfochten wurde. Die dokumentarisch belegte Geschichte dieser politisch vorläufig noch wenig er-giebigen, dafür in der Methodik umso "schlagenderen" Aus-einandersetzung ist selbst in ihren kabarettistischen Aus-wüchsen nur soweit komisch, als sie die Tragödie, die da-hintersteckt (sie betrifft die gesamte Arbeiterbewegung in Österreich), in ihrer mikroskopischen Vergrößerung grotesk sichtbar macht. Mehr als merkwürdig erscheint dabei die Rolle jener Kreise in der SPÖ, die sich seit einiger Zeit mit dem ehrenwerten Versuch herumschlagen, sich als linker Flügel zu mausern und ihre Profilierung nun in der freiwilligen Frontstellung zum VSM bis zur Fratzenhaftigkeit vertieft haben.

Mit der Entscheidung des VSM-Oberösterreich – aus welchen Gründen auch immer – in diesem Streit die Interessen der SP-Bürokratie zu vertreten, wurde automatisch die letzte Brücke politischer Kontakte zwischen Wien und Linz im Rahmen der FÖJ – Bewegung für Sozialismus abgebrochen. Der Abschied wird heiter und leichten Herzens vollzogen, wenn man die zentrale Aussage in der Begründung des Bruchs der oberösterreichischen Verantwortlichen liest:

"Unsere zentrale These lautet: der aktuelle Hauptwider-spruch in Österreich ist die Auseinandersetzung inner-halb der Bourgeoisie zwischen Kleinkapital und Mono-polkapital. Welche Haltung muß die Linke zu den Widersprüchen in der Bourgeoisie einnehmen? Soll sie auf ein Bündnis des gerade in Österreich zutiefst reaktionären Kleinbürgertums mit der Arbeiterbewegung hinarbeiten oder soll sie im Interesse der Entwicklung der Produktivkräfte und der Überwindung überholter Produktionsweisen die Liquidierung des Kleinkapitals durch die Monopole unterstützen. Ausgehend von der grundsätzlichen Feststellung, daß die Produktivkräfte jene Produktionsverhältnisse sprengen, die ihre Entfal-tung hemmen, halten wir es für grundfalsch eine Poli-tik zu betreiben, die objektiv konservativ ist in dem Sinne als sie hemmende Produktionsverhältnisse ver-teidigt. Richtiger scheint es uns, das Monopolkapital in seiner revolutionären Funktion zu unterstützen und es in seinem reaktionären Charakter zu bekämpfen.

Von dieser Überlegung leiten wir unsere Haltung zur Sozialdemokratie ab: Bündnisse mit SPÖ und ÖGB-Führung gegen die Mobilisierung des Kleinkapitals, engste Verbindung zu den Lohnabhängigen in SPÖ und ÖGB um sie in Konflikten mit Partei- und Gewerk-schaftsführung zu organisieren."

Zu dieser interessanten theoretischen Neuanschaffung bezüglich der "revolutionären" Rolle des Monopolkapitals und der daraus abgeleiteten Solidarität mit der SPÖ (eigentlich lo-gisch!) können wir uns wohl jeden Kommentar ersparen.

Z. P.

---

## FÖJ – BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS IN GRAZ NEU KONSTITUIERT

Anlässlich des Berichts über den 10. Bundeskongreß der FÖJ – Bewegung für Sozialismus wurde im Kreis von Aktivisten und Sympathisanten in Graz, die seit einiger Zeit mit der BfS-Wien in Kontakt gestanden sind und gemeinsame politi-sche Arbeit geleistet haben, der Beschluß gefaßt, die Be-ziehungen auf eine neue, organisatorisch verbindliche Grundlage zu stellen. Ein Vertreter der Steiermark wird in die Bundesleitung delegiert. Die Genossen in Graz gehen vom Prinzip der kollektiven Führung aus, um bestimmte Autoritätsstrukturen zu beseitigen und die Verantwortung des einzelnen Mitglieds zu stärken. Sie wollen die Lösung aller organisatorischen Fragen über die Verallgemeinerung der politischen Standpunkte und Vereinheitlichung des poli-tischen Bewußtseinsstandes herbeiführen. Eine erste Veran-staltung an der Universität Graz zugunsten der Vietnam-Sammlung erbrachte 2.500 Schilling. Es ist in nächster Zu-kunft ein Schulungsseminar zu Fragen des Stalinismus ge-plant.

---

## Das ist Kärnten

"Lesestoff zur Information". Verantwortlich für den Inhalt: Janko Messner, den wir schon von den "Kärntner Ansichtskarten" her kennen, einer Publikation, die in literarischer Weise die politische Landschaft Kärntens zeichnet, "karto-graphische" Hilfe gibt für Spätgeborene, die fassungslos vor dem Phänomen der Ortstafelstürmer stehen, wenn sie nicht die wirklichen Hintergründe aus authentischer Quelle ken-nen. Auch für uns, die wir in jenen denkwürdigen Tagen im Rahmen von Offensiv links die Aktion in der Kärntnerstraße durchgeführt haben und nun zunächst mit einer Verwaltungs-strafe von 500 Schilling belegt und demnächst einer Anzei-ge wegen Verstoßes gegen den § 81 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) gewärtig sein müssen. Die Aktion sollte exemplarisch vordemonstrieren, wie die Exekutive gegen

linke Demonstranten bei der geringsten Handhabe mit aller Schärfe des Gesetzes physisch und juridisch vorgeht, während sie tatenlos bei der Zerstörung öffentlicher Einrichtungen in Kärnten zuschaut, ja die nächtlichen Autokolonnen der politisch und alkoholisch berauschten Chauvinisten von Ortschaft zu Ortschaft lotste.

Daß es sich dabei nicht um Ausnahmefälle handelte, belegt folgender Auszug aus der Dezember-Ausgabe 1972 von "Das ist Kärnten":

#### FRAGE AN DIE SICHERHEITSDIREKTION UND DIE STAATSPOLIZEI

Darf man in Kärnten ungestraft solche Aufforderungen an die Bewohner dieses Landes richten:

Jeder Kärtner zum Himmel ruft  
sprengt das Slowenische Gymnasium in die Luft  
auf das\* keiner mehr auf Kärtner Erde  
revolutionistisch ausgebildet werde.

Hat man vielleicht inzwischen doch schon eruiert, in welchem Grenzlandheim solch heimattreues Gedankengut vorgelesen wurde?

Oder in welchem Kärtner Grenzland-Jahrbuch bzw. in welchem "Hohelied der Windischen" folgender Umarmungsver-such abgedruckt steht:

Ob Deutsche oda Windische,  
geahnt bade enk am Kragn...

Unter "enk" sind die Kärtner "Slowena" gemeint, die "kuschn müaßn", weil sie "fremde Leut" sind.  
Ob so etwas pressegesetzlich noch geht? Na und? Berma doch nit glei Märtyrer schaffen! Mundartdichtung und basta. Kultur. Is jo nur a Gedicht, wos denn sunst!  
Und die Slowenen sind ja das Kuschen gewohnt, noch aus der Nazizeit. Und daß sie obe über die Karawanken gehören, predigen wir ihnen ohnehin tagaus, tagein.

#### NOCH EINE FRAGE AN DIE POLIZEI

Stimmt es, daß sie dem Slowenen Srienc M. für ein altes Plakat, das er in Völkermarkt von der Wand heruntergenommen hat, eine Geldbuße von S 500.- (fünfhundert!) aufgebremmt haben?

Und eine Zusatzfrage: Wieviel hat eigentlich die Kärtner Polizei für die zerstörten und gestohlenen Ortstafeln (eine kostet angeblich etwa S 2000.-) kassiert?

\* Für die Rechtschreibung haftet der Autor dieser heimatlichen poetischen Kreation selbst.

# Deine Lebensversicherung durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Auladagasse 7/29/4  
Telefon: 62 74 302

# Sommer- und Wintersport- artikel

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

# Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2

TELEFON: 56 57 533

# Kampf der Sozial- partner- schaft

Eine Polemik gegen die  
"Gedanken zum Thema Sozialpartnerschaft"  
von Fred Margulies  
("aspekte", März Nr. 51, S. 10/11)

Die beiden Male, wo ich bei Treffen der "Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit" dabei war, wurde von einigen Genossen eine Überprüfung der alten, aus der KP-Zeit stammenden Schlagworte gefordert, vor allem die Überprüfung der Parole "Kampf gegen die Sozialpartner-

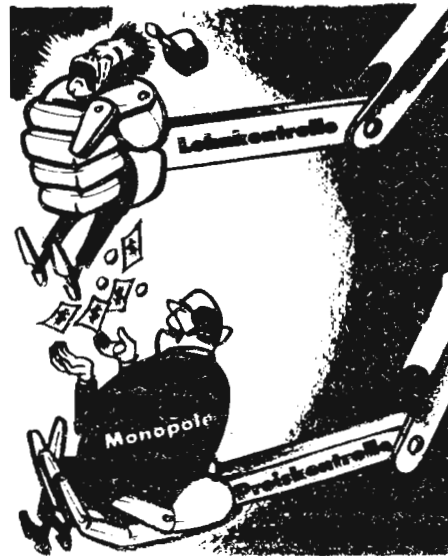
schaft". Der Wunsch nach Überprüfung der alten Schlagworte entstand aus dem Bedürfnis, die theoretische und praktische Sackgasse zu überwinden, in der sich die "Arbeitsgemeinschaft" seit ihrer Gründung befindet. Der Artikel von F. M. stellt einen Versuch dar, die Probleme neu zu formulieren, und ist im Sinne einer offenen Diskussion über die politischen Differenzen, die in unseren Kreisen unübersehbar vorhanden sind, zu begrüßen. Er formuliert eine Wendung nach rechts, hin zur Sozialdemokratie, weg vom revolutionären Aktivismus. Er formuliert eigentlich eine austro-marxistische Variante, d.h. die Schlagworte sind radikal, aber der politische Inhalt ist klassenversöhnlerisch. F. M. will nämlich nur die Ideologie der Sozialpartnerschaft bekämpfen, nicht jedoch die Taktik und die Methoden, die mit ihr zusammenhängen, wie Verhandeln am grünen Tisch, wie das Handeln auf Anordnung von oben, wie die Ersetzung der Basisaktivität durch die Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter. Als das aktive Element treten in dem Artikel von F. M. immer nur Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter auf, nicht jedoch die Arbeiter selbst. Grundsätzlich bedeutet das eine Orientierung auf reine Gremienpolitik, auf Betriebsrat und Gewerkschaftsgremien, und eine Unterordnung der Aktivierung der Basis unter die gewerkschaftliche Verhandlungstaktik und unter die gewerkschaftlichen Verhandlungsmethoden. Die Aktivierung der Basis wird nur als Anhängsel der Aktivität der Funktionäre dargestellt.

Die wesentlichste Aussage von F. M. ist die über Streiks und Verhandlungen: "Dabei ist es unwichtig, ob diese Auseinandersetzungen in Form von Streiks und offener Kollision vor sich gehen oder in Form von Verhandlungen am grünen Tisch". Die Gleichsetzung von Kollision und Verhandlungen am grünen Tisch läuft auf Opportunismus hinaus, denn sie bedeutet eine gewaltige Überschätzung des Verhandeln und eine Unterschätzung der offenen Kollision, bei der die Arbeiter unmittelbar-sinnlich die Erfahrung des Klassengegensatzes machen können und politisches Bewußtsein überhaupt erst entstehen kann. Nur über die Erfahrung von offenen Kollisionen und Streiks kann eine klassenkämpferische Arbeiterschaft entstehen, nicht jedoch über den Weg von Verhandlungen am grünen Tisch, von denen die Masse der Belegschaft ausgeschlossen ist, die von der Belegschaft nicht unmittelbar kontrolliert oder beeinflußt werden können und zumeist in faulen Kompromissen zugunsten der Unternehmer enden. Die Sozialpartnerschaft ist unter anderen aus dieser Verhandlungspraxis, aus dieser völligen Überschät-



zung der Verhandlungstaktik entstanden. Aus dieser Verhandlungspraxis entstand jenes Ruhebedürfnis vieler Gewerkschaftsfunktionäre, "das vor einem größeren Risiko und vor vermeintlichen Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften, vor der Ungewißheit größerer Massenaktionen zurtückschreckt, ... Die beständig von dem ökonomischen Kleinkrieg absorbierten Gewerkschaftsleiter, die es zur Aufgabe haben, den hohen Wert jeder noch so geringen ökonomischen Errungenschaft, jeder Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit plausibel zu machen, kommen allmählich dahin, daß sie selbst die größeren Zusammenhänge und den Überblick über die Gesamtlage verlieren" (Rosa Luxemburg, "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften", Reclam Verlag Leipzig 1970, S. 217/218).

Wieweit die Überschätzung von Taktik und Methoden der Sozialpartnerschaft bei F. M. geht, kann man aus seiner Verteidigung der auf dem Boden der Sozialpartnerschaft stehenden Gewerkschaftsfunktionäre herauslesen: Die grundsätzliche Orientierung an der Erhaltung des kapitalistischen Systems "bedeutet keineswegs, daß etwa die Gewerkschaftsfunktionäre, die der Sozialpartnerschaft verschrieben sind, die materiellen Interessen der Arbeiter verraten oder auf die Erzielung größtmöglicher Erfolge verzichten, sofern sie eben ohne Beeinträchtigung des Systems möglich sind". Diese Logik ist absurd, denn gerade deshalb, weil die meisten Gewerkschaftsfunktionäre von den Kriterien der Erhaltung des kapitalistischen Systems ausgehen, von den Kriterien der Sicherung der Profitraten der Unternehmer und der Disziplinierung der Arbeiter im Namen dieser Kriterien, sind sie unfähig, größtmögliche Erfolge innerhalb des Systems zu erzielen. Die ganze ideologische und praktische Haltung der meisten Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem der Gewerkschaftsführung – die Politik der Sozialpartnerschaft –, läßt überhaupt keine größtmöglichen Erfolge zu. Sie läßt keine Massenmobilisierung, keine Politisierung der Arbeiter zu, sondern nur die Friedhofsruhe, die bürokratische Erstarrung der Gewerkschaftsbewegung und die Entmündigung der Massen. F. M. schreibt, "daß weder die Höhe materieller Erfolge noch die Methoden der Auseinandersetzung maßgebliche Kriterien zur Beurteilung dieser Politik sein können". Er meint dies deshalb, weil er glaubt, "daß diese Politik der Sozialpartnerschaft den Arbeitern und Angestellten unter Umständen beachtliche Erfolge bringen kann und auch tatsächlich gebracht hat und daß Fragen der Taktik und Methoden den grundsätzlichen Fragen untergeordnet sind und daher



Früchte der Sozialpartnerschaft

auch in der Kritik nur eine untergeordnete Rolle spielen können". Selbstverständlich sind die materiellen Erfolge und die Methoden der Auseinandersetzung maßgebliche Kriterien zur Beurteilung dieser Politik! Oder glaubst du, Genosse Margulies, daß es für die Arbeiter, die im Oktober 1950 gegen den damaligen Preistreiberpakt streikten, nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat, daß die Sozialpartnerschaft offen gegen ihre materiellen Bedürfnisse gerichtet wurde und daß die Herren Sozialpartner vom Verhandeln am grünen Tisch gemeinsam zu einer Hetzkampagne gegen die Streikenden übergingen und Polizei, Gendarmerie, Justiz und Schlägerbanden gegen sie einsetzten? Bringt etwa das jetzige Benya-Sallinger-Abkommen, eine typische Maßnahme im Rahmen der Sozialpartnerschaft, beachtliche materielle Erfolge für die Arbeiter? Oder glaubst du, daß es für die Judenburger Gußstahlarbeiter nur eine untergeordnete Rolle spielte, daß ihre Lohnforderung mittels der Methoden der Sozialpartnerschaft nicht durchgesetzt werden konnte und daß ihr Streik mittels der Methoden der Sozialpartnerschaft abgedreht wurde? Gerade die "Höhe materieller Erfolge", die Lohnbremse, und die "Methoden der Auseinandersetzung", wie die Lohnbremse über die Köpfe der Belegschaften und Betriebsräte hinweg von den Herren aus der Gewerkschaftsführung be-▷



geschlossen wurde, sind "maßgebliche Kriterien zur Beurteilung dieser Politik".

Wie F. M. die Sozialpartnerschaftsfunktionäre überschätzt oder falsch einschätzt, so auch die SPÖ-Regierungspolitik. Er schreibt: "Die Politik der Sozialpartnerschaft wird noch dadurch verschärft, daß die wahltaktischen Überlegungen der SPÖ nicht nur eine Schädigung, sondern eine Verstärkung der Unternehmer vermeiden möchten. Die Folge ist, daß jeder Erfolg für die Arbeitnehmer auch in einer entsprechenden Abgeltung an die Arbeitgeber kompensiert wird (siehe z. B. Steuerreform, Stabilisierungsmaßnahmen, Mehrwertsteuer und dergleichen)." Was heißt "wahltaktische Überlegungen"? Das klingt so, als ob die SPÖ in Wirklichkeit den Sozialismus will, aber aus wahltaktischen Überlegungen die Unternehmer unangetastet läßt. Man kann aber die heutige SPÖ nicht mehr als reformistische Arbeiterpartei bezeichnen, wenn man den Klasseninhalt ihrer Politik und die Bindung der Funktionärskaste an kapitalistische Interessen analysiert. Die SPÖ regiert "fortschrittlich" im Sinne der Sicherung der Profitraten, im Sinne der "Rationalisierung" und "Stabilisierung" des Ausbeutungssystems. Diese Politik entspringt aber nicht wahltaktischen Überlegungen, sondern den Interessen der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, die sich nicht nur ideologisch mit den Institutionen der bürgerlichen Demokratie versöhnt hat, sondern direkt in diese Institutionen integriert und gleichzeitig eng mit den wirtschaftlichen Kommandozentralen des kapitalistischen Systems verflochten ist. Die SPÖ regiert im Interesse der Erhaltung und des Ausbaues bürokratischer Privilegien und im Interesse einer unmittelbaren Beteiligung an der kapitalistischen Wirtschaft, am Finanzkapital (BAWAG), an der Verstaatlichten Industrie, an Wohnbau- und Konsumgenossenschaften, am Zeitungsmarkt usw. Allerdings muß die SPÖ aus wahltaktischen Überlegungen populäre Maßnahmen ankündigen. Aber von denen bleibt kaum mehr als Versprechungen übrig. Was ist von der ASVG-Novelle übriggeblieben? Was von der versprochenen Reform des Strafwesens? Oder die Bundesheerreform, die auf den Aufbau einer für den Bürgerkrieg spezialisierten Elitetruppe innerhalb des Bundesheeres hinausläuft. Es ist genau verkehrt, wie es F. M. formuliert hat: Die Folge ist nicht, "daß jeder Erfolg für die Arbeiter auch in einer Abgeltung an die Arbeitgeber kompensiert wird", sondern daß die SPÖ ihre Regierungspolitik im Interesse des Kapitals durch populäre Maßnah-

men, die größtenteils nur aus Wahlkampfschaum und sozialer Demagogie bestehen, zu verschleiern versucht. Konsequenterweise in den Schlußfolgerungen seiner Überlegungen empfiehlt F. M. den linken Gruppen eine opportunistische Politik. Er verlangt nämlich: "Allen anderen müssen wir erst beweisen, warum das System geändert werden muß, bevor wir beweisen, daß mit der Politik der Sozialpartnerschaft nichts geändert werden kann". F. M. will die gesamte Arbeiterklasse Österreichs bis auf den letzten Mann und die letzte Frau von der Notwendigkeit einer Systemänderung überzeugen, bevor er zum Kampf gegen die Sozialpartnerschaft übergehen will. Bis zu diesem fernen Tage, an dem jeder Einzelne überzeugt worden ist, sollen wir leisetreten und mit der alten Taktik und den alten Methoden weiterwursteln. Für eine reine Gremienpolitik und für eine Politik, wo die Erhaltung des eigenen Vereins zum Selbstzweck wird, sind die Überlegungen von F. M. geeignet; denn ideologisch kann man Klassenkämpfer bleiben, während man praktisch die Taktik und Methoden der Sozialpartnerschaft anerkennt, Konflikten mit der SP- und Gewerkschaftsbürokratie möglichst auszuweichen versucht und vor den Arbeitern in den Betrieben mit der Kritik an der Sozialpartnerschaft zurückhaltend ist.

Der Kampf gegen die Sozialpartnerschaft ist nicht eine Sache akademischer Beweisführungen, die von Taktik und Methoden und materiellem Erfolg abstrahieren. Der Kampf gegen die Sozialpartnerschaft ist nicht nur eine Sache der Ideologie, sondern ebenso und untrennbar von der Ideologie eine Sache der Taktik und der Methoden. Jede direkte und selbständige Aktion der Arbeiter, und sei es zunächst nur in einzelnen Abteilungen, Werkstätten und Büros, ist viel wertvoller für die Entwicklung einer klassenbewußten Arbeiterbewegung, als Verhandlungen am grünen Tisch mit Schweißpflicht der Betriebsräte und Wahrung des Betriebsfriedens. Jeder selbständige Kampf der Arbeiter ist wertvoller, als ein Kampf auf Anordnung von oben, der dann auf Anordnung von oben wieder beendet ist, und wo die ganze Aktivität das Monopol einer unkontrollierbaren Handvoll Personen bleibt. Natürlich sind Verhandlungen nicht prinzipiell abzulehnen, aber es kommt darauf an, ob die Verhandlungen von der Belegschaft unmittelbar kontrolliert und beeinflusst werden können (z. B. öffentliche Verhandlungen vor der Arbeiterversammlung).

Hannes MORSCHL





# politische tätigkeit & recht

Justiz und Gesetz sind im Bewußtsein der meisten Menschen bedrohliche Begriffe und das nicht zu Unrecht.

Selbst für das aufgeklärtere Bewußtsein, das es als Machtinstrument der herrschenden Klasse begreift, wird das Recht dadurch nicht anziehender. Die Folge davon ist, daß aus Unwissenheit Aktivitäten gesetzt werden, deren rechtliche Konsequenzen einerseits in keinem Verhältnis zu ihrer praktischen Wirkung stehen und andererseits manche legale Möglichkeit politischer Tätigkeit nicht entsprechend genützt wird.

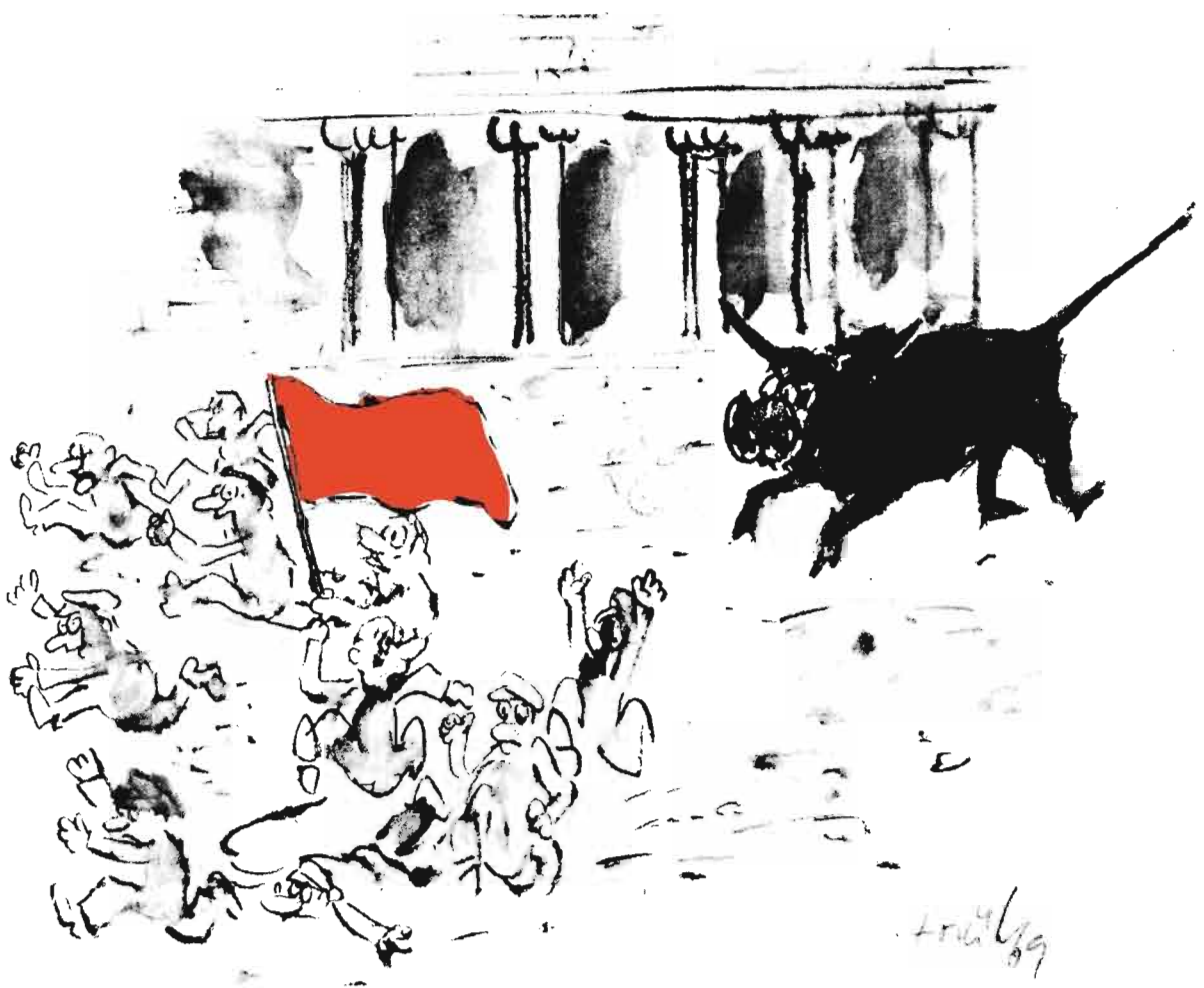
Um diesem Mangel abzuhelpen hat das Redaktionskollektiv der "ANSCHLÄGE" den

## **ANSCHLAG 3**

herausgebracht.

Zu erhalten ist diese Broschüre in den Buchhandlungen Heinz Kolisch und Brigitte Herrmann. Selbstverständlich auch im Sekretariat der FÖJ – Bewegung für Sozialismus Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52.

Ole



Für einen kämpferischen 1. Mai!